

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Band: 29 (1982)
Heft: 7-8

Rubrik: Das BZS teilt mit = L'OFPC communique = L'UFPC informa

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Verantwortlichkeiten der Kantone

Anordnung der Alarmierung und die Erteilung von Verhaltensanweisungen im aktiven Dienst

Rede von H. Mumenthaler, Direktor des Bundesamtes für Zivilschutz, gehalten am 7. Mai 1982 anlässlich des von der ZGV am 6. und 7. Mai 1982 im Schloss Hünigen BE durchgeführten regierungsrätlichen Seminars für Gesamtverteidigung.

Zuständigkeitsordnung gemäss Art. 5 der Zivilschutzverordnung

Nach Verfassung und Gesetz bezweckt der Zivilschutz den Schutz der Bevölkerung gegen die Auswirkungen kriegerischer Ereignisse. Im Lichte dieser Zweckbestimmung sind unter anderem auch die in Art. 5 der Zivilschutzverordnung verankerten Zuständigkeiten für die Anordnung der Alarmierung und die Erteilung von Verhaltensanweisungen zu verstehen. Der Zeitpunkt, zu dem diese Zuständigkeitsordnung zum Tragen kommt, ist nicht ein für allemal festgelegt, das heisst muss nicht zwangsläufig mit dem aus der militärischen Terminologie stammenden Begriff «im aktiven Dienst» zusammenfallen. Das massgebende praxisbezogene Kriterium ist das Aufgebot des Zivilschutzes zum aktiven Schutzdienst, handle es sich um das gebietsweise bzw. landesweite Teilaufgebot zur Sicherstellung der Alarmierung oder um das gebietsweise Aufgebot oder das Gesamtaufgebot selbst, denn die Wahrnehmung der Verantwortlichkeiten der Zivilschutzorganisationen setzt in jedem Fall ein vorausgegangenes Aufgebot durch die nach Art. 4 des Zivilschutzgesetzes zuständige Behörde, in diesem Fall durch den Bundesrat, voraus. Damit ist bereits auch gesagt, dass das Kapitel Warnung – diese bezweckt bekanntlich die Erstellung der Alarmierungs- und Handlungsbereitschaft – für die Zivilschutzorganisationen entfällt.

Was die Zuständigkeitsordnung selbst betrifft, so lässt sich ihr Inhalt in folgende 5 Punkte zusammenfassen:

1. Die Anordnung der Alarmierung und die Erteilung der nötigen Verhaltensanweisungen obliegen dem Bundesrat.
Die wichtigste Verhaltensanweisung auf Stufe Bundesrat ist die vorsorgliche Anordnung des Schutzraumbezuges mit gleichzeitiger Festlegung der Ausnahmen vom Schutzraumaufenthalt wäh-

rend der Dauer der täglichen Arbeitszeit für wichtige Tätigkeiten sowie der Rotationsquote, das heisst des Anteils der Schutzrauminsassen, die sich für Besorgungen ausserhalb der Schutzräume aufhalten dürfen.

Durch Auslösung des Alarmierungszeichens «Allgemeiner Alarm» wird die Bevölkerung aufgefordert, am Radio die Verhaltensanweisungen entgegenzunehmen. Der entsprechende Alarmbefehl wird den Alarmierungsstellen (Sirenenbedienungsstellen) der Zivilschutzorganisationen ebenfalls über Radio erteilt.

2. Der Bundesrat kann die Verantwortlichkeit für die Anordnung der Alarmierung und Erteilung der nötigen Verhaltensanweisungen den Kantonen übertragen. Diese Übertragung dürfte insbesondere für Landesteile zweckmässig sein, in denen Kampfhandlungen vor sich gehen oder als unmittelbar bevorstehend beurteilt werden. Damit ist auch schon gesagt, dass zum Beispiel im Neutralitätsschutzfall eine Übertragung an die Kantone kaum zu erwarten ist. Über die sich den Kantonen im Zusammenhang mit dieser Übertragung stellenden Probleme wird noch die Rede sein.
3. Die Kantone können die Verantwortlichkeit für die Anordnung der Alarmierung und Erteilung der nötigen Verhaltensanweisungen an die Gemeinden weitergeben.
4. Bei örtlich überraschend eintretender Gefährdung – diese Formulierung schliesst ein vorsorgliches Handeln aus – lösen die Zivilschutzorganisationen selbständig die Alarmierung aus und erteilen die nötigen Verhaltensanweisungen.
5. Die Verpflichtungen der Alarmorganisation für den Fall erhöhter Radioaktivität, die Verpflichtungen der Eigentümer der Stauanlagen für die Auslösung des Wasseralarms bei Überflutungsgefahr in der Nahzone, der Kantone für die Alarmierung bei Überflutungsgefahr in der Fernzone von Talsperren sowie der Kernkraftwerksbetreiber für die Alarmierung bei Strahlengefahr in der Zone 1 von Kernkraftwerken laufen in jedem Falle weiter.

Anordnung der Alarmierung und Erteilung von Verhaltensanweisungen auf der Stufe der kantonalen Führung

Welche Probleme stellen sich nun der kantonalen Führung im Zusammenhang mit der Anordnung der Alarmierung und Erteilung von Verhaltensanweisungen, sobald ihr der Bundesrat diese Aufgaben überträgt? Wie bereits erwähnt, ist mit dieser Übertragung zu rechnen, sobald im betreffenden Landesteil Kampfhandlungen stattfinden oder als unmittelbar bevorstehend beurteilt werden. Es kann somit vorausgesetzt werden, dass sich die kantonale Führung an ihrem Kriegsstandort befindet und in direktem Kontakt mit dem betreffenden Territorialkreisstab steht und dass sie die im Rahmen des Projektes Radiokriegsversorgung zur Verwirklichung vorgesehene Möglichkeit hat, die das Kantonsgebiet abdeckenden UKW-Sender zu besprechen und damit einerseits die Alarmierungsstellen sowie die Ortsleitungen des Zivilschutzes, andererseits die Bevölkerung innerhalb und ausserhalb der Schutzräume direkt zu erreichen.

Eine Reihe von Studien auf der Grundlage moderner Kriegsbilder hat gezeigt, dass im Krieg auch bei guter Organisation und bei modernen Übermittlungs- und Alarmierungsmitteln die Alarmierung in vielen Fällen zu spät kommt und dass sie sehr friktionsanfällig ist. Das Schwergewicht muss deshalb auf die vorsorgliche Anordnung lagegerechter Schutzmassnahmen gelegt werden. Dies bedingt, dass die kantonale Führung laufend die voraussichtliche Entwicklung der nächsten Stunden bis Tage beurteilt und die im Hinblick darauf zu treffenden Massnahmen mit dem erforderlichen Zeitvorsprung anordnet. Als vorsorgliche Massnahmen der Stufe kantonale Führung können beispielsweise die Anordnung des Schutzraumbezuges, die Steuerung der Anzahl Personen, welche für die Dauer der täglichen Arbeitszeit vom Schutzraumaufenthalt ausgenommen sind, die Steuerung der Rotation der Schutzrauminsassen und anderes mehr in Frage kommen. Angesichts der Auswirkungen auf die Privaten, die Betriebe, die Kriegswirtschaft und die öffentlichen Dienste müssen derartige Anordnungen von der kantonalen Gesamtführung angeordnet werden. Sie können nicht Fachstellen überlassen werden.

Soweit die erforderliche Zeit zur Verfügung steht, sollen die vorsorglichen Massnahmen auf dem normalen Dienstweg angeordnet werden. Nötigenfalls steht der kantonalen Führung hierfür auch das Radio zur Verfügung.

Handelt es sich darum, die Bevölkerung kurzfristig zu erfassen, sei es für die dringliche Anordnung vorsorglicher Massnahmen zufolge unerwarteter Entwicklung der Lage oder für die Alarmierung bei überraschend eingetretenen Waffenwirkungen, ordnet die kantonale Führung über Radio die Auslösung des entsprechenden Alarmierungszeichnens an und erteilt gegebenenfalls anschliessend die erforderlichen Verhaltensanweisungen ebenfalls über Radio.

Die Lage im militärischen Bereich als wichtiges Element für den Entscheid über vorsorgliche Schutzmassnahmen

Mit Ausnahme der wenig wahrscheinlichen und in erster Linie bereits auf der Stufe des Bundesrates in Rechnung zu stellenden Möglichkeit der strategischen Erpressung durch Terrorangriffe ist die Gefährdung der Zivilbevölkerung die Folge von militärischen Kampfhandlungen im operativen und taktischen Rahmen. Die vorsorglich anzuordnenden Schutzmassnahmen müssen deshalb auf die in den nächsten Stunden bis Tagen zu erwartenden militärischen Aktionen ausgerichtet werden. Informationen über die voraussichtliche Entwicklung der militärischen Lage, insbesondere über die Beurteilung der feindlichen Möglichkeiten und Absichten sowie der Wahrscheinlichkeit von Einsätzen atomarer oder chemischer Waffen bzw. von massiven Einsätzen konventioneller Waffen, kann die kantonale Führung durch Vermittlung des Territorialkreises erhalten, der mit den im Raume stehenden Grossen Verbänden in dauerndem Kontakt steht. Dieser Informationsfluss wird zum grossen Teil von der Initiative der kantonalen Führung abhängen.

Übertragung der Verantwortlichkeit für die Anordnung der Alarmierung und Erteilung von Verhaltensanweisungen von der kantonalen Führung an die Gemeindebehörde

Es stellt sich nun noch die Frage, zu welchem Zeitpunkt die kantonale Führung die Verantwortlichkeit für die Anordnung der Alarmierung und Erteilung von Verhaltensanweisungen den Gemeindebehörden übertragen soll.

Wenn man berücksichtigt, dass für viele Gemeinden der für die Beurteilung der voraussichtlichen Entwicklung der militärischen Bedrohung massgebende Gesprächspartner fehlt und dass sich die Gemeindebehörde – im Gegensatz zur kantonalen Führung – nicht unmittelbar mit Verhaltensanweisungen an die Bevölkerung wenden kann, kommt man zum Schluss,

dass diese Übertragung grundsätzlich möglichst spät vorgenommen werden sollte. Der Zeitpunkt dazu scheint dann gekommen, wenn auf der Stufe der kantonalen Führung keine zusammenhängende Übersicht über die Lage mehr besteht. Für grosse Kantone ist an ein nach Kantonsteilen differenziertes Vorgehen zu denken.

Voraussetzungen für die Handhabung der Alarmierung und der Erteilung von Verhaltensanweisungen auf der Stufe der kantonalen Führung

Welches sind nun die äusseren und inneren Voraussetzungen für die Handhabung der Alarmierung und der Erteilung von Verhaltensanweisungen im Sinne der Zivilschutzverordnung durch die kantonale Führung?

Die äusseren Voraussetzungen werden einerseits durch den Kanton mit der Erstellung seines mit dem entsprechenden Territorialkreis kombinierten Kommandopostens, andererseits durch den Bund mit der Einräumung der Möglichkeit zur Besprechung der das Kantonsgebiet bedienenden UKW-Sender geschaffen. Damit auch die inneren Voraussetzungen erfüllt sind, müssen die Führungsorgane des Kantons mit den sich ihnen im Bereich der Alarmierung und der Erteilung von Verhaltensanweisungen stellenden Aufgaben vertraut gemacht werden. Dies geschieht am nachhaltigsten dadurch, dass dieser Themenkreis künftig in den Stabsübungen der kantonalen Führungsorgane den ihm zukommenden Platz einnimmt. Im wesentlichen geht es dabei einerseits um die

Zusammenarbeit mit dem Stab des Territorialkreises im Hinblick auf das rechtzeitige Erkennen vorsorglicher Schutzmassnahmen entsprechend der voraussichtlichen Entwicklung der militärischen Lage, andererseits um die Ausschöpfung der Möglichkeiten, welche mit der Verwirklichung der Radiokriegsversorgung für die Anordnung der Alarmierung und Erteilung von Verhaltensanweisungen geschaffen werden.

Der Stand der Alarmierungsnetze der Zivilschutzorganisationen

Ich schliesse mit einem Hinweis auf den Stand der Alarmierungsnetze der Zivilschutzorganisationen. Diese Netze werden zurzeit mit dem Ziel verbessert, dass die Zivilschutzorganisationen die ihnen im Falle des Aufgebots zum aktiven Schutzdienst übertragenen Alarmierungsaufgaben erfüllen können. Nach Beendigung der heute laufenden und in 2 bis 3 Jahren weitgehend abgeschlossenen Aktion zur Revision der installierten Sirenen, zur Verdichtung der Alarmierungsnetze der Zivilschutzorganisationen sowie zur Erstellung von Fernsteuerungen in bestimmten Fällen wird es möglich sein, nach einem Aufgebot der erforderlichen Schutzdienstpflichtigen zum aktiven Schutzdienst die Bevölkerung überall innerhalb einer halben Stunde zu alarmieren. Der Vollständigkeit halber sei darauf verwiesen, dass diese Mittel und Einrichtungen den Gemeinden für die Bedürfnisse der Friedensalarmierung uneingeschränkt zur Verfügung stehen.

Les responsabilités des cantons

Ordonner l'alarme et établir des instructions en temps de service actif

Exposé de M. Hans Mumenthaler, directeur de l'Office fédéral de la protection civile, tenu le 7 mai 1982 au château de Hünigen BE, à l'occasion du séminaire des 6 et 7 mai 1982 sur la défense générale organisé par l'Office central de la défense, à l'intention des conseillers d'Etat.

Compétences selon l'article 5 de l'ordonnance sur la protection civile

Selon l'ordonnance et la loi, la protection civile tend à protéger la population contre les conséquences de conflits armés. A la lumière de cet objectif, nous comprenons, entre autres, également les compétences créées à l'article 5 de l'ordonnance sur la protection civile concernant l'ordre

de l'alarme et l'établissement d'instructions destinées à la population. Le moment où ces compétences entrent en jeu n'est pas fixé une fois pour toutes; cela signifie qu'il ne doit pas nécessairement coïncider avec la notion «en service actif» tirée de la terminologie militaire. Le critère déterminant tiré de la pratique est la mise sur pied de la protection civile pour le service actif, qu'il s'agisse d'une mise sur pied partielle d'une région déterminée ou du pays entier afin d'assurer l'alarme, de la mise sur pied d'une région déterminée ou de la mise sur pied générale elle-même. En effet, dans tous les cas, les organisations de protection civile n'assument leurs responsabilités que si, conformément à l'article 4 de la loi sur la

protection civile, l'autorité compétente – en l'occurrence le Conseil fédéral – a au préalable déclaré la mise sur pied. Il en ressort que pour les organismes de la protection civile, le chapitre de l'alerte tombe – celle-ci a pour but, on le sait, l'établissement de la préparation de l'alarme et de son exécution.

En ce qui concerne les compétences elles-mêmes, on peut résumer leur contenu par les cinq points suivants:

1. Le Conseil fédéral ordonne l'alarme et établit les instructions destinées à la population. A l'échelon du Conseil fédéral, l'instruction la plus importante destinée à la population est l'ordre préventif d'occupation des abris, assorti de la fixation des exceptions de séjour dans l'abri pendant la durée du travail quotidien pour des tâches importantes ainsi que de la quote de rotation (c'est-à-dire le pourcentage d'occupants d'abri qui sont autorisés à se trouver hors des abris pour certaines occupations personnelles).

Le déclenchement du signal d'alarme «alarme générale» incite la population à écouter les instructions à son usage diffusées à la radio. L'ordre d'alarme correspondant est également donné par radio aux postes d'alarme (postes de manière de sirènes) des organismes de protection civile.

2. Le Conseil fédéral peut déléguer aux cantons la compétence d'ordonner l'alarme et d'établir les instructions nécessaires destinées à la population. Cette délégation est particulièrement appropriée dans les régions où se déroulent des opérations de combat ou si de telles opérations paraissent imminentes. Cela signifie aussi que par exemple en cas de protection de la neutralité, une délégation aux cantons n'est guère envisageable. Il sera encore question des problèmes se posant aux cantons en liaison avec cette délégation de compétence.

3. Les cantons peuvent, à leur tour, déléguer aux communes la compétence d'ordonner l'alarme et d'établir les instructions destinées à la population.

4. En cas de danger localisé et subit, cette formule exclut toute action préventive –, les organismes de la protection civile déclenchent, de manière indépendante, l'alarme et établissent des instructions nécessaires destinées à la population.

5. Demeurent dans tous les cas les obligations de l'organisation d'alarme en cas d'augmentation de la radioactivité, celles des proprié-

taires de barrages en ce qui concerne le déclenchement de l'alarme-eau en cas de danger d'inondation dans la zone rapprochée des barrages, celles aussi des cantons pour l'alarme lors d'un tel danger dans la zone éloignée d'un barrage ainsi que celles des exploitants de centrales nucléaires pour l'alarme en cas de danger de radioactivité dans la zone 1 de centrales nucléaires.

Ordre d'alarme et établissement d'instructions destinées à la population à l'échelon de la conduite cantonale

Quels sont les problèmes se posant à la conduite cantonale, en liaison avec l'ordre d'alarme et l'établissement d'instructions destinées à la population, lorsque le Conseil fédéral lui délègue ces tâches? Comme nous l'avons déjà mentionné, on peut s'attendre à une telle délégation dès que des opérations de combat ont lieu ou paraissent imminentes dans la région en question. Par conséquent, on peut supposer que la conduite cantonale se trouve à son poste de guerre, en contact direct avec l'état-major d'arrondissement territorial concerné; on peut aussi supposer que dans le cadre du plan de diffusion de nouvelles à la population en temps de guerre, elle use de la possibilité prévue de recourir aux émetteurs OUC couvrant le territoire cantonal. De la sorte, la conduite cantonale peut joindre directement les postes d'alarme et les directions locales de la protection civile d'une part, la population à l'intérieur et à l'extérieur des abris d'autre part.

Une série d'études basées sur les images de la guerre moderne a montré qu'en temps de guerre, malgré une bonne organisation et des moyens modernes de transmission et d'alarme, l'alarme intervient trop tard dans de nombreux cas et se trouve fréquemment source de conflits. Aussi convient-il de mettre l'accent sur l'ordre préventif de mesures de protection justifiées par la situation. Cela implique que la conduite cantonale apprécie au fur et à mesure le déroulement vraisemblable des heures et jours suivants et qu'à cet égard elle prenne suffisamment tôt les mesures requises. Parmi les mesures préventives à l'échelon de la conduite cantonale pouvant entrer en ligne de compte, on peut citer par exemple l'ordre d'occuper les abris, la détermination du nombre de personnes exemptées de séjourner dans l'abri pour la durée de leur travail quotidien, la fixation de la rotation des occupants d'abri, etc. Eu égard aux effets sur les particuliers, les établissements, l'économie de guerre

et les services publics, il appartient à la seule conduite cantonale générale d'ordonner de semblables dispositions. Celles-ci ne sauraient être laissées aux organes spécialisés.

Si l'on dispose du temps nécessaire, les mesures préventives seront ordonnées par la voie de service ordinaire. Le cas échéant, la conduite cantonale peut utiliser la radio à cet effet.

S'il faut atteindre la population à bref délai, soit pour ordonner d'urgence des mesures préventives suite à un développement inattendu de la situation, soit pour l'alarme lors de subits effets d'armes, la conduite cantonale ordonne par radio le déclenchement du signal d'alarme en question et le cas échéant diffuse, aussitôt après, aussi par radio, les instructions nécessaires destinées à la population.

Situation en matière militaire en tant qu'élément important de décision quant à l'opportunité de mesures préventives de protection

A l'exception de la possibilité peu vraisemblable – et qui se jouerait alors en premier lieu à l'échelon fédéral – de chantage stratégique à la terreur, la population est menacée par des combats militaires d'ordre opérationnel et tactique. C'est pourquoi les mesures préventives de protection à ordonner seront prises en fonction des opérations militaires auxquelles il faut s'attendre. Par l'intermédiaire de l'arrondissement territorial, qui est en contact permanent avec les grandes formations se trouvant dans le secteur, la conduite cantonale peut obtenir des informations sur l'évolution probable de la situation militaire, notamment sur l'appréciation des possibilités et intentions ennemies ainsi que de la vraisemblance d'engagement d'armes atomiques ou chimiques ou encore d'engagements massifs d'armes conventionnelles. Ce courant d'informations dépendra en bonne part de l'initiative de la conduite cantonale.

Délégation de la compétence d'ordonner l'alarme et d'établir des instructions destinées à la population, de la conduite cantonale à l'autorité communale

Maintenant, il se pose encore la question de savoir à quel moment la conduite cantonale doit déléguer à l'autorité communale la compétence d'ordonner l'alarme et d'établir des instructions destinées à la population.

Considérons que dans de nombreuses communes, le partenaire habilité à apprécier l'évolution probable de la menace militaire fait défaut et que l'autorité communale – contrairement à la conduite cantonale – ne peut

adresser immédiatement des instructions à la population. Il faut donc en conclure qu'en principe, cette délégation doit avoir lieu le plus tard possible. Le moment opportun semble celui où la conduite cantonale n'a plus de vue d'ensemble de la situation. Pour les grands cantons, on pourrait songer à procéder différemment selon les parties du canton.

Conditions pour ordonner l'alarme et établir les instructions destinées à la population à l'échelon de la conduite cantonale

Voyons maintenant quelles sont, à l'échelon de la conduite cantonale, les conditions externes et internes pour ordonner l'alarme et établir les instructions destinées à la population au sens de l'ordonnance sur la protection civile.

Les conditions externes sont déterminées par le canton qui met en place son poste de commandement combiné avec l'arrondissement territorial correspondant, d'une part, par la Confé-

dération qui accorde la possibilité d'utiliser les émetteurs OUC desservant le territoire cantonal, d'autre part. Afin de remplir également les conditions internes, les organes de conduite du canton doivent être familiarisés avec les tâches leur incombant dans le domaine de l'alarme et de l'établissement d'instructions destinées à la population. Pour y parvenir, le mieux est d'accorder désormais à cette matière la place qui lui revient dans les exercices d'état-major des organes cantonaux de conduite. Pour l'essentiel, il s'agit, d'abord, de la collaboration avec l'état-major de l'arrondissement territorial en vue de reconnaître à temps la nécessité de mesures préventives de protection, en fonction de l'évolution probable de la situation militaire. Puis il s'agit aussi d'épuiser les possibilités créées pour la réalisation de la diffusion de nouvelles à la population en temps de guerre, aux fins d'ordonner l'alarme et d'établir des instructions destinées à la population.

Etat des réseaux d'alarme des organismes de la protection civile

Pour conclure, quelques remarques sur l'état des réseaux d'alarme des organismes de la protection civile. Ces réseaux sont actuellement améliorés afin que les organismes de la protection civile puissent assumer les tâches d'alarme qui leur incombent en cas d'une mise sur pied pour le service actif. Dans deux ou trois ans sera achevée en majeure partie l'actuelle campagne de révision des sirènes déjà existantes, de renforcement des réseaux d'alarme des organismes de la protection civile ainsi que d'établissement de télécommandes; il sera alors possible, dans certains cas, d'alarmer la population en tous lieux, en une demi-heure après une mise sur pied des personnes astreintes nécessaires pour le service actif. Pour compléter, mentionnons que ces moyens et installations sont à l'entière disposition des communes pour les besoins de l'alarme en temps de paix.

Ausstattung von Pflichtschutzräumen mit Liegestellen

Sowohl für die Hausbewohner als auch für die Zivilschutzorganisation der Gemeinde kann es von Bedeutung sein, dass die Schutzräume im Bedrohungsfall möglichst rasch für einen längerdauernden Schutzraum Aufenthalt eingerichtet werden können. Die Dauer der Einrichtungsarbeiten kann dadurch beträchtlich verkürzt werden, dass insbesondere die Liegestellen, deren Vorhandensein das Leben im Schutzraum ganz wesentlich erleichtert, bereits in Friedenszeiten eingerichtet oder in Form stapelbarer, zu gegebener Zeit rasch zusammenbaubarer Elemente im Schutzraum oder in dessen Nähe eingelagert werden.

Voraussetzung für zweckmässige Lösungen bildet eine vorgängige fachmännische Planung der Schutzraumeinrichtungen entsprechend Ziffer 2 der Anleitungen und Erläuterungen im Schutzraumhandbuch (1322.00/2), eine Dienstleistung, welche zweckmässigerweise durch die Zivilschutzorganisationen anzubieten und durch deren Angehörige im Rahmen der jährlichen Instruktiondienste zu erbringen ist.

Als zivilschutztauglich können folgende Liegestellenkonstruktionen anerkannt werden:

- a) Fest eingerichtete Liegestellen aus Holz gemäss Ziffer 9.3 der Anleitungen und Erläuterungen im Schutzraumhandbuch (1322.00/2). Derartige Liegestellen können friedensmässig als Lagergestelle usw. dienen.
- b) Stapelbare Liegestellen gemäss Anleitung für die Herstellung stapelbarer Schutzraum-Liegestellen aus Holz (1322.00/3). Diese Anleitung wird im Frühjahr 1983 erscheinen.
- c) Weitere Konstruktionen, soweit sie den Massen gemäss Schutzraumhandbuch entsprechen und unter der Voraussetzung, dass für das betreffende Modell ein Schocktest nach unseren Technischen Weisungen für die Schocksicherheit von Einbauteilen in Zivilschutzbauten (vom 1. September 1980; MZS 36 24) besteht.

Bis heute wurden Schockatteste für folgende Modelle ausgestellt:
 – Modell Thurgau 80, Amt für Zivilschutz des Kantons Thurgau
 – Modell OSO Rüti 78, Zivilschutzorganisation Rüti ZH.

Das Bundesamt für Zivilschutz empfiehlt den Zivilschutzorganisationen und Gemeinden, die Hauseigentümer dafür zu gewinnen, ihre Schutzräume in Wahrnehmung ihrer Eigenverantwortung bereits in Friedenszeiten mit zivilschutztauglichen fest eingerichteten oder stapelbaren Liegestellen zu versehen. Die Ausführung kann auf der Grundlage der bereits erwähnten fachmännischen Planung der Schutzraumeinrichtungen anhand der oben unter a) bis c) aufgeführten Anleitungen entweder durch die Hauseigentümer, allenfalls unterstützt durch die Hausbewohner, durch das Gewerbe oder – insbesondere was die Schutzräume in öffentlichen Gebäuden betrifft – durch Teilnehmer an Instruktiondiensten des Zivilschutzes zu ihrer Ausbildung erfolgen. Die Materialkosten für Liegestellen aus Holz belaufen sich auf rund Fr. 25.– pro Schutzplatz.

Eine weitere Lösung besteht in der Beschaffung vorfabrizierter Schutzraumeinrichtungen, für deren Herstellung und Verkauf aufgrund unserer Weisungen betreffend die technischen Erfordernisse und Zulassungsprüfungen für vorfabrizierte Schutzraumeinrichtungen (vom 30. März 1982; MZS 36 48) eine Zulassungsbewilligung besteht. Pro Schutzplatz muss hier mit Beschaffungskosten in der Grössenordnung von Fr. 70.– gerechnet werden.

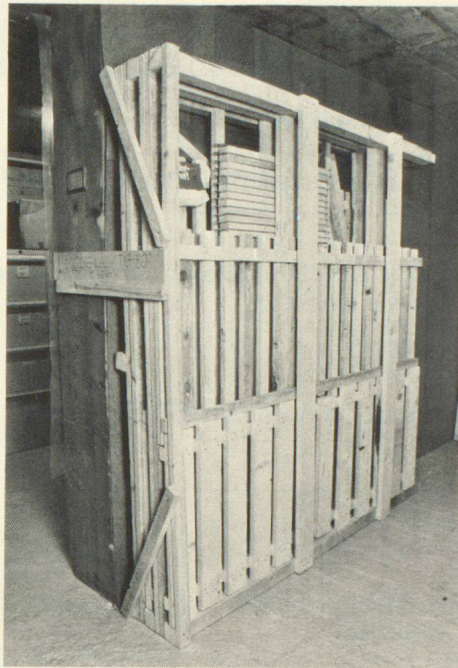
Equipement en lits des abris obligatoires

Pour les habitants d'un immeuble comme pour l'organisation de protection civile de la commune, il peut être d'une importance décisive qu'en ces temps de menace, les abris puissent être aménagés aussi rapidement que possible, en prévision d'un séjour de longue durée dans l'abri. Le temps nécessaire à ces travaux peut être considérablement raccourci lorsqu'en temps de paix déjà les lits – dont l'existence facilite grandement la vie dans l'abri – sont installés ou entreposés dans l'abri ou à proximité, sous forme d'éléments empilables, vite montés au moment opportun.

Pour parvenir à des solutions adéquates, une planification technique préalable des installations d'abri s'avère nécessaire, conformément au chiffre 2 des instructions et explications du Manuel des services d'abri (1322.00/2). Il est judicieux que les organisations de protection civile offrent cette prestation et que leurs membres la fournissent dans le cadre des services annuels d'instruction.

Les constructions de lits suivantes sont reconnues appropriées pour la protection civile:

a) Lits fixes en bois selon le chiffre 9.3 des instructions et explications du Manuel des services d'abri (1322.00/2). De tels lits peuvent servir d'étagères de rangement, etc. en temps de paix.



b) Les lits pouvant être empilés selon les instructions pour la fabrication de lits en bois, destinés aux abris et pouvant être empilés (1322.00/3). Ces instructions paraîtront au printemps 1983.

c) D'autres constructions, dans la mesure où elles correspondent aux dimensions indiquées dans le Manuel des services d'abri et à condition qu'il existe un certificat de choc pour le modèle en question, conformément à nos instructions techniques concernant la résistance aux chocs des éléments montés dans les constructions de protection civile (du 1^{er} septembre 1980; FOPC 36 24).

Jusqu'à présent, des certificats de choc ont été délivrés pour les modèles suivants:

– modèle Thurgovie 80, office cantonal de la protection civile du canton de Thurgovie

– modèle OPC Rüti 78, organisation de protection civile de Rüti/ZH.

L'Office fédéral de la protection civile recommande aux organisations de protection civile et aux communes de persuader les propriétaires d'immeubles, en faisant appel à leur sens des responsabilités, afin qu'ils équipent, déjà en temps de paix, leurs abris en lits fixes ou pouvant être empilés qui répondent aux exigences de la protection civile.

L'exécution s'effectuera sur la base de la planification technique déjà mentionnée des installations d'abri, conformément aux directives citées sous lettres a) à c). Elle peut être réalisée par les propriétaires d'immeubles, le cas échéant avec l'aide des locataires, ou par une entreprise d'artisanat ou encore – en particulier lorsqu'il s'agit d'abris dans des bâtiments publics – par des participants à des services d'instructions aux fins de leur formation. Les frais de matériel pour des lits en bois s'élèvent à quelque Fr. 25.– par place protégée.

Une autre solution consiste à acquérir des installations d'abri préfabriquées, pour la fabrication et la vente desquelles il existe un certificat d'approbation selon nos instructions techniques concernant les exigences techniques et les essais préalables à l'approbation pour équipements d'abri préfabriqués (du 30 mars 1981; FOPC 36 48). Dans ce cas, le frais d'acquisition se montent alors à environ Fr. 70.– par place protégée.



Richtpreise Nr. 4/82

für Brot, Fleisch, Käse und Butter gültig ab 12. Juli 1982

Brot	Ruchbrot , mindestens Fr. -.05/kg Ermässigung auf dem Ortspreis	
Fleisch	Kuhfleisch: Qualität II C, max. 20% Knochen, geliefert in ganzen Vierteln bzw. so grosse Stücke wie möglich:	Preis per kg/Fr.
	Vorderviertel mit Lempen	8.70
	Hinterviertel (nur Stotzen)	11.—
	Zuschlag für Zubereitung (in Ausnahmefällen):	
	– Hackfleisch	-.40
	– Geschnetzeltes	-.50
	– Plätzli	1.20

Käse	Ia-Qualität, vollfett, in ganzen Laiben	Preis per kg/Fr.			
		Emmentaler	Greyerzer	Appenzeller	Tilsiter
Lieferung durch:					
– Mitglieder der Käseunion, Grossisten oder Milchverbände		11.70	12.20	—	—
– Handelsfirmen für Appenzeller- bzw. Tilsiterkäse		—	—	11.40	10.20
– übrige Lieferanten		12.50	13.—	12.55	11.—
Preiszuschlag für Käse im Anschnitt (in Ausnahmefällen)		—.40	—.40	—	—
Koch- bzw. Aktionskäse (auf beiden Seiten kreisförmig in Abständen von 5 cm gekerbt)		Je nach Marktlage, Verbilligung wie im Handel			

Butter		Preis per kg/Fr.	
		unter 5 kg	5 kg und mehr
Vorzugsbutter:	– modellierte (100- oder 200-g-Packung)	16.15	16.05
	– 20-g-Portionen	18.15*	18.05*
	– 10-g-Portionen	19.05*	18.95*
Tafelbutter:	– pasteurisierte Milchzentrifugenbutter		
	• modelliert	15.70	15.60
	• stockweise	15.43	15.33
Kochbutter verbilligt:	– Originalpackungen 250 g	12.—	11.90
	– Originalpackungen 1 kg	11.80	11.70
	* Preise per kg, nicht pro Schachtel		

■ Änderungen gegenüber Preisliste 3/82

Prix de base No 4/82

pour le pain, la viande, le fromage et le beurre valables dès le 12 juillet 1982

Pain	Pain bis: 5 ct. de réduction au minimum par kg sur le prix local	
Viande	Viande de vache: Qualité II C, max. 20% d'os livrée en quartiers ou en morceaux aussi grands que possible	Prix par kg/Fr.
	Quartier de devant et flanc	8.70
	Quartier de derrière (cuisse seulement)	11.—
	Suppléments pour la préparation (cas exceptionnels):	
	– viande hachée	-.40
	– émincé	-.50
	– tranches	1.20

Fromage	1 ^{er} choix, gras, en meules entières	Prix par kg/Fr.			
		Emmental	Gruyère	d'Appenzell	Tilsit
Livré par:					
– les membres de l'Union suisse du commerce de fromage ou d'associations laitières ainsi que les grossistes		11.70	12.20	—	—
– les maisons de commerce de fromage d'Appenzell ou de Tilsit		—	—	11.40	10.20

– les autres fournisseurs	12.50	13.—	12.55	11.—
Supplément pour livraisons en fractions de meules (cas exceptionnels)	—,40	—,40	—	—

Fromage de cuisson ou «action» (entailles circulaires
tous les 5 cm sur les deux faces de la meule)

Selon le marché, réduction
de prix comme dans le commerce

		Prix par kg/Fr.	
		moins de 5 kg	5 kg et plus
Beurre de choix:	– moulé (plaques de 100 ou 200 g)	16.15	16.05
	– en portions de 20 g	18.15*	18.05*
	– en portions de 10 g	19.05*	18.95*
Beurre de table:	– beurre fabriqué avec de la crème de lait centrifugée et pasteurisée		
	● en plaques	15.70	15.60
	● en mottes	15.43	15.33
Beurre de cuisine à prix réduit:	– paquets d'origine 250 g	12.—	11.90
	– paquets d'origine 1 kg	11.80	11.70

* Prix par kg et non par carton

■ = modifications par rapport aux prix de base No 3/82

Prezzi base N° 4/82

per il pane, la carne, il formaggio e il burro valevoli dal 12 luglio 1982

Pane **Pane integrale**, al meno Fr. –.05/kg riduzione sul prezzo locale

Carne	Carne di vacca: Qualità II C, massimo 20 % d'osso, fornita in quarti interi o in pezzi che siano il più grande possibile:	Prezzo al kg/Fr.	
	Quarto anteriore (spalla) e fianco		8.70
	Quarto posteriore (soltanto coscia)		11.—
	Supplementi per la preparazione (casi eccezionali):		
	– carne tritata		–.40
	– spezzatino		–.50
	– tagliata a fette		1.20

Formaggio Di 1ª qualità, grasso, in forme intere

Forniti da:	Prezzo al kg/Fr.			
	Emmental	Gruyère	Appenzell	Tilsit
– i membri dell'Unione svizzera del commercio di formaggio, associazioni lattiere o grossisti	11.70	12.20	—	—
– ditte per il commercio di formaggio Appenzell o Tilsit	—	—	11.40	10.20
– altri fornitori	12.50	13.—	12.55	11.—
Supplemento per frazioni di forme (casi eccezionali)	—,40	—,40	—	—

Formaggio da cucina o «in liquidazione» (intagli circolari
ogni 5 cm su entrambe le superfici della forma)

A seconda della situazione di mercato.
Riduzione di prezzo come di consueto nel commercio

Burro		Prezzo al kg/Fr.	
		inferiore a 5 kg	5 kg e più
Burro selezionato:	– modellato (tavolette da 100 o 200 g)	16.15	16.05
	– in porzioni da 20 g	18.15*	18.05*
	– in porzioni da 10 g	19.05*	18.95*
Burro di tavola:	– di crema di latte centrifugato e pastorizzato		
	● in tavolette	15.70	15.60
	● dal blocco	15.43	15.33
Burro da cucina a prezzo ridotto:	– imballaggi d'origine 250 g	12.—	11.90
	– imballaggi d'origine 1 kg	11.80	11.70

* Prezzo al kg e non per scatola

■ = modificazioni rispetto al listino N° 3/82